

Hallo!

wir sind David & Judith von Wrangelkiez United! und wir sind eine Initiative von Anwohner\*innen aus dem Wrangelkiez in Kreuzberg. Danke für die Einladung, hier ein paar Worte zu sagen!

Wir stehen hier am Standort der Brennpunkt- und Präsenzeinheit der Berliner Polizei, abgekürzt BPE.

Die BPE wurde im Rahmen einer Umstrukturierung bei der Berliner Polizei gebildet und besteht aus 125 Polizist\*innen in vier Dienstgruppen. Die Polizist\*innen der BPE werden seit Anfang 2020 an sogenannten "kriminalitätsbelasteten Orten", abgekürzt kbOs eingesetzt. Und genau so ein kbO sind der Görli und Teile des Wrangelkiezes.

KbOs sind Orte, an denen die Polizei Menschen ohne Verdacht und ohne Anlass kontrollieren und durchsuchen darf. Diese polizeilichen Sonderrechte bilden eine Grundlage für Racial Profiling und andere diskriminierende Praktiken.

Bei uns im Kiez kommt es seit Beginn des Jahres 2020 -also seitdem die BPE am Start ist- zu immer mehr Polizeieinsätzen. Fast ausschließlich Schwarze Menschen und People of Color werden kontrolliert, unabhängig davon, ob sie sich auf dem Weg zur Schule oder Arbeit befinden oder sich einfach im Park aufhalten. Wir kritisieren diese Praxis als Racial Profiling, die viel zu oft auch äußerst gewalttätig verläuft.

Politik und Polizei rechtfertigen dieses Vorgehen als Maßnahme gegen Drogenhandel und mit einem beeinträchtigten Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Natürlich gibt es Drogen und andere Probleme im Görli und im Wrangelkiez -allerdings sind dafür weder bestimmte Personengruppen verantwortlich zu machen, noch sind das neue Erscheinungen. Schon gar nicht kann damit eine diskriminierende Polizeipraxis gerechtfertigt werden.

In Berlin gibt es derzeit sieben kbOs, z. B. auch am Alex, Kotti, Hermannplatz usw.. Aber wo genau diese kbOs beginnen und enden ist nirgends veröffentlicht. Auch aufgrund welcher Kriterien sie festgelegt werden, ist nicht öffentlich einsehbar. Die Polizei bestimmt sie anhand von Dienstberichten, wenn sie in einer Gegend „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ feststellt, z.B. Drogenhandel.

Aber die Polizei weiß selbst, dass Drogendelikte sogenannte Kontrolldelikte sind: Je mehr kontrolliert wird, umso mehr wird von der Polizei erfasst: Und im Görli ist das meiste Gras.

Auch Verstöße gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften sind Kontrolldelikte: Im März 2021 dienten Kontrollen im Görli gezielt dazu, um Abschiebungen von Geflüchteten in das west-afrikanische Land Guinea durchführen zu können. Durch mehr Kontrollen werden mehr Delikte festgestellt und damit steigen dann auch wieder die Zahlen in den Polizeiberichten.

KbOs werden zwar regelmäßig überprüft, allerdings von der Polizei selbst. Die Polizei legt die kbOs also anhand von intransparenten Kriterien fest und überprüft sich danach selbst, die genauen Grenzen der kbOs bleiben geheim. Öffentliche oder demokratische Kontrolle? Fehlanzeige!

Es gibt massive Zweifel an der Rechtmäßigkeit von kbOs. Jurist\*innen kritisieren vor allem die Intransparenz, die eine gerichtliche Kontrolle und damit eine Überprüfung durch Betroffene verhindert.

Betroffene und Zeug\*innen berichten regelmäßig davon, dass nach Kontrollen Platzverweise erteilt werden, obwohl nichts vorliegt. Manchmal reicht es aus, wenn in der Vergangenheit Verstöße

festgestellt wurden. Für die betroffenen Menschen gilt also keine Unschuldsvermutung, sondern ein Generalverdacht.

Diese Vorgehensweise gipfelt darin, dass Personen, die mehrere Platzverweise hatten, in der Folge bis zu 12-monatige Aufenthaltsverbote erhalten.

In den letzten Jahren ist die Anzahl an erteilten Platzverweisen und Aufenthaltsverboten explodiert. Platzverweise haben von 2016 bis 2020 um rund 350% zugenommen, Aufenthaltsverboten zwischen 2018 und 2020 um rund 1.600%.

Und natürlich gibt es auch innerhalb der BPE neben einer rassistischen Praxis auch die eigenen "Einzelfälle": Im Dezember letzten Jahres berichtete die taz, dass es zu Rassismus, Volksverhetzung & sexueller Belästigung bei der BPE kam!

Es ging um Vorwürfe wie rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung bei Kontrollen sowie um sexuelle Belästigung. Bei einem der Beschuldigten soll es sich sogar um einen Dienstgruppenleiter, also einem Vorgesetzten handeln... Konsequenzen? Versetzung, sonst nichts.

Doch nicht nur diese "Einzelfälle" zeigen, wie tief Rassismus verankert ist. Auch struktureller Rassismus in Sicherheitsbehörden ist ein Problem und genau das wird durch kriminalitätsbelastete Orte begünstigt.

Es geht hier jedoch weder um Maßnahmen gegen Drogenhandel noch um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. KbOs werden dazu genutzt, Personengruppen wie z.B. obdachlose oder drogenkonsumierende Menschen, Schwarze Menschen und People of Color aus bestimmten Stadtteilen und Kiezen zu verdrängen. Es geht nie um die Sicherheit aller Menschen, sondern darum, bestimmte Stadtteile attraktiver für Anwohner\*innen zu machen und die Gebiete aufzuwerten. Nicht ohne Grund befinden sich alle KbOs innerhalb des S-Bahn-Rings.

Diese rechtlichen Sonderzonen für die Polizei müssen abgeschafft werden!

Probleme werden so nicht gelöst, sondern nur verdrängt und verlagert. Polizeigewalt und KbOs sind keine Lösung für soziale & gesellschaftliche Probleme.

Uns ist klar, dass es in unserem Kiez und an vielen Orten in Berlin Konflikte und Probleme gibt. Wir sehen die bestehenden Konflikte verknüpft mit Themen wie Gentrifizierung, Obdachlosigkeit, einer gescheiterten Migrations- und Drogenpolitik und der Zuspitzung sozialer Probleme durch Corona. Doch wir wissen, dass ständige Polizeipräsenz weder gegen Armut, noch gegen Arbeitsverbote für Asylsuchende oder gegen hohe Mieten und Verdrängung hilft.

Wer sich im Görli und Wrangelkiez umschaute, kann selber feststellen, dass die Arbeit der BPE in den vergangenen zweieinhalb Jahren nichts an der Situation verändert hat. Egal was in den letzten Jahren ordnungspolitisch versucht wurde, egal ob Taskforce Görli, Henkels "Null-Toleranz-Politik", die jetzige BPE oder die nächste Sondereinheit: Die Polizei ist nicht Teil der Lösung! Sie ist Teil des Problems!

Wir brauchen nicht mehr Polizei! Soziale Probleme brauchen soziale Lösungen! Wir fordern deshalb die Abschaffung aller KbOs und ein Ende der Verdrängung bestimmter Personengruppen. Wir fordern soziale Hilfen für alle und Aufenthalts- & Arbeitserlaubnisse für Geflüchtete!

Damit wäre ein Großteil der Probleme nicht nur bei uns im Wrangelkiez gelöst.

Danke für eure Aufmerksamkeit!